

## Der Bundesvoranschlag 1964

Der folgende Beitrag gibt einen kurzen Überblick über den Bundesvoranschlag 1964 und knüpft daran einige allgemeine Überlegungen, wie sich die Ausweitung der Budgetausgaben und das Gesamtdefizit in den volkswirtschaftlichen Gesamtzusammenhang einfügen. Die ökonomische Analyse läßt vermuten, daß der Budgetvoranschlag 1964 im großen und ganzen konjunkturgerecht ist. Sein Defizit wird allerdings nicht leicht zu finanzieren sein.

### Mäßige Ausweitung des Budgetvolumens — relativ hoher Gesamtabgang

Der Bundesvoranschlag 1964 sieht Gesamtausgaben von 60 19 Mrd. S vor, davon 56 77 Mrd. S in der ordentlichen und 3 42 Mrd. S in der außerordentlichen Gebarung. Die laufenden Einnahmen werden auf 56 24 Mrd. S geschätzt. Der ordentliche Haushalt hat einen Abgang von 0 53 Mrd. S, im Gesamtbudget beträgt er 3 95 Mrd. S.

#### Der Bundesvoranschlag 1964

	1963	1964	Differenz	%
	Mrd. S			
Ordentliche Gebarung				
Ausgaben	53 485	56 766	+ 3 281	+ 6 1
dazu Durchlaufposten	2 807	—	— 2 807	
	56 292	56 766	+ 474	
Einnahmen	52 911	56 237	+ 3 326	+ 6 3
dazu Durchlaufposten	2 807	—	— 2 807	
	55 718	56 237	+ 519	
Abgang	574	529	— 45	
Außerordentliche Gebarung				
Ausgaben	2 781	3 419	+ 638	+ 22 9
Gesamtgebarung	3 355	3 948	+ 593	

Der Gesamtabgang verringert sich auf netto 2 1 Mrd. S, wenn man die im ordentlichen Haushalt veranschlagten Ausgaben für Schuldentilgungen (1 8 Mrd. S) ausschaltet. Das „Netto-Defizit“ ist etwa gleich hoch wie im Voranschlag 1963 (—2 0 Mrd. S), aber höher als in den Jahren vorher.

Im Voranschlag 1964 wurden verschiedene Durchlaufposten (z. B. Überweisungen vom Kinderbeihilfenfonds an den Familienlastenausgleichsfonds) ausgeschieden, die in den bisherigen Budgets unter den Ausgaben und Einnahmen aufschienen. Verglichen mit dem von den gleichen Durchlaufposten bereinigten Voranschlag 1963 sind die Gesamtausgaben um 3 92 Mrd. S oder 7% und die laufenden Einnahmen um 3 33 Mrd. S oder 6% höher.

### Struktur der Einnahmen und Ausgaben

Von den 3 92 Mrd. S (+ 7%) zusätzlichen Ausgaben entfällt ein Großteil auf Investitionen, Personalaufwendungen, soziale Zwecke und den Schuldendienst. Dagegen verringerten sich die aus dem Staatsvertrag resultierenden Belastungen. Die wichtigsten Ausgabengruppen haben sich im Vergleich zum Voranschlag 1963 wie folgt verändert:

Der Personalaufwand wird für 1964 mit 20 33 Mrd. S ausgewiesen, um 1 41 Mrd. S oder 7% höher als im Vorjahr. Davon entfallen 14 26 Mrd. S auf Aktivbezüge, 6 07 Mrd. S auf Pensionen. Der Mehraufwand erklärt sich aus der im Frühjahr vereinbarten generellen Bezugserhöhung um 7% ab 1. Oktober 1963 und um weitere 2% ab 1. Jänner 1964. Dennoch wird 1964 der Anteil des Personalaufwandes an den Gesamtausgaben mit 34% weiter rückläufig sein (1962: 35%, 1960: 37%, 1957: 40%).

Für familienpolitische Maßnahmen wurden 4 75 Mrd. S vorgesehen, um 0 41 Mrd. S oder 9% mehr als 1963. Kinderreichen Familien wird die Verteuerung von Grundnahrungsmitteln (Milch, Zucker, Brot, Mehl) abgegolten.

Der Bundeszuschuß zur Sozialversicherung steigt um 0 53 Mrd. S (+ 11%) auf 5 14 Mrd. S, da die Pensionen generell um 6% erhöht werden und die Empfänger von Ausgleichszulagen Teuerungszulagen erhalten. Die Rentenreform selbst wurde 1963 abgeschlossen.

Die seit Jahren sprunghaft steigenden Preisstützungen konnten 1964 erstmalig auf dem hohen Niveau von 2 90 Mrd. S (+ 0 04 Mrd. S = 1%) stabilisiert werden. Die seit längerem ventilierten Pläne, die Subventionen schrittweise abzubauen, werden zunächst nicht weiter verfolgt.

Das Budget der Landesverteidigung wurde mit 2 66 Mrd. S (+ 0 12 Mrd. S = + 5%) geringfügig besser dotiert als im Vorjahr. Der Sachaufwand

allein steigt um 0 07 Mrd S (4<sup>0</sup>%) auf 1 87 Mrd S. Damit bleibt der Anteil der Wehrausgaben am Brutto-Nationalprodukt mit 1 2<sup>0</sup> (1962: 1 1<sup>0</sup>%; 1958: 1 5<sup>0</sup>%) weiter sehr gering. Vergleichsweise gaben die neutralen Staaten Schweden und die Schweiz 1960 4 8<sup>0</sup>% und 3 0<sup>0</sup>% ihres Sozialproduktes für Verteidigungszwecke aus.

Für den *Schuldendienst* stellt der Bund 3 31 Mrd S bereit, um 0 48 Mrd S oder 17<sup>0</sup>% mehr als im Voranschlag 1963, 1 51 Mrd S entfallen auf Zinsen und 1 80 Mrd S auf Tilgungen. Die kurzfristige Staatsschuld soll durch Tilgung von 300 Mill. S Schatzscheinen weiter verringert werden.

Unter dem Titel „*Staatsvertrag*“ wurden 0 92 Mrd S veranschlagt, um 0 49 Mrd S oder 35<sup>0</sup>% weniger als im Vorjahr. Die Ablöselieferungen an die UdSSR laufen aus (—0 33 Mrd S) und die Schadenzahlungen gemäß Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz werden geringer (—0 10 Mrd S).

Für *Investitionen* im weiteren Sinne werden insgesamt 8 67 Mrd S bereit gestellt, um 0 92 Mrd S oder 12<sup>0</sup>% mehr als 1963. 5 91 Mrd S (+0 71) entfallen auf Brutto-Investitionen, 1 39 Mrd S (+0 08) auf Instandhaltungen und 1 37 Mrd S (+0 13) auf Investitionsförderung im Wege von Darlehen und Zuschüssen an die Wirtschaft.

Der sonstige *Sachaufwand* steigt um 0 49 Mrd S (5<sup>0</sup>%) auf 9 95 Mrd S, hauptsächlich weil Monopole und Bundesbetriebe höhere sachliche Betriebskosten haben

### Struktur der Bundesausgaben

	Bundesvoranschlag		Differenz
	1963	1964	
	Mill S		
Löhne und Gehälter	13.244	14.259	+ 1 015
Pensionen	5.681	6.075	+ 394
Kinder- und Familienbeihilfen usw	4.341	4.750	+ 409
Kriegsopferfürsorge	1.413	1.446	+ 33
Arbeitslosenunterstützungen	855	888	+ 33
Sozialversicherung	4.616	5.144	+ 528
Preisstützungen	2.865	2.903	+ 38
Landesverteidigung (Sachaufwand)	1.801	1.873	+ 72
Schuldendienst	2.823	3.306	+ 483
Staatsvertrag	1.414	920	— 494
Instandhaltung	1.312	1.393	+ 81
Brutto-Investitionen	5.204	5.910	+ 706
Investitionsförderung	1.237	1.365	+ 128
Sonstiger Sachaufwand (Restpost)	9.460	9.953	+ 493
Durchlaufposten	2.807	—	— 2.807
	59.073	60.185	+ 1 112

Der Schätzung der *Einnahmen* (+ 3 33 Mrd S oder 6<sup>0</sup>%) liegen im einzelnen folgende Ansätze zu Grunde:

Die Bruttoerträge an *öffentlichen Abgaben* sind mit 46 78 Mrd S (+ 3 55 Mrd S oder 8<sup>0</sup>%) präliminiert. Nach Abzug der Überweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds usw. sollen dem Bund netto

30 81 Mrd S verbleiben, um 1 77 Mrd S oder 6<sup>0</sup>% mehr als im Voranschlag 1963. An direkten Steuern werden brutto 19 97 Mrd S erwartet, um 1 75 Mrd S oder fast 10<sup>0</sup>% mehr als 1963 und an indirekten Steuern 26 81 Mrd S, um 1 80 Mrd S oder 7<sup>0</sup>% mehr. Die Schätzung der Steuererträge enthält — selbst bei guter Konjunktur — kaum stille Reserven. Die Erträge aus veranlagten direkten Steuern dürften wahrscheinlich sogar etwas zu hoch gegriffen sein, da sich im kommenden Jahr die Konjunkturdämpfung 1962 und die Senkung der Einkommensteuer auswirken werden. Auch ist zu berücksichtigen, daß die Ansätze des Voranschlages 1963, auf denen die Schätzungen für 1964 aufbauen, nur knapp erreicht werden dürften. In den ersten neun Monaten waren die präliminierten Bruttoerträge aus öffentlichen Abgaben um 7 0<sup>0</sup>% (im 1. Halbjahr

### Entwicklung der Abgabenerträge

	1961	1962	1963	1964 <sup>1)</sup>
	Zunahme gegen das Vorjahr in %			
Direkte Steuern	+ 21 9	+ 12 6	+ 0 0	+ 9 1
Indirekte Steuern	+ 15 2	+ 9 0	+ 6 6	+ 7 0
Abgaben brutto	+ 17 8	+ 10 5	+ 7 0	+ 8 2

<sup>1)</sup> Laut Bundesvoranschlag — <sup>2)</sup> Erfolg Jänner bis September 1963

### Struktur der Bundeseinnahmen

	Bundesvoranschlag		Differenz
	1963	1964	
	Mill S		
Direkte Steuern insgesamt	18.223	19.966	+ 1.743
davon Einkommensteuer	4.500	5.000	+ 500
Lohnsteuer	4.000	4.400	+ 400
Körperschaftsteuer	2.520	2.600	+ 80
Vermögenssteuer <sup>1)</sup>	1.080	1.050	— 30
Gewerbesteuer	3.620	4.000	+ 380
Beiträge vom Einkommen	1.962	2.175	+ 213
Sonstige	741	741	—
Indirekte Steuern insgesamt	25.013	26.814	+ 1.801
davon Umsatzsteuer	11.117	11.850	+ 733
(einschl. Bundeszuschlag)			
Zölle	3.500	3.750	+ 250
Verbrauchssteuern	5.634	6.017	+ 383
Gebühren und Verkehrssteuern	4.597	5.032	+ 435
Sonstige	165	165	—
Öffentliche Abgaben insgesamt	43.236	46.780	+ 3.544
ab Überweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds usw.	14.192	15.970	+ 1.778
Bundeseinnahmen aus öffentlichen Abgaben (netto)	29.044	30.810	+ 1.766
Steuerähnliche Einnahmen <sup>2)</sup>	5.934	6.140	+ 206
Vermögenserträge	872	929	+ 57
Veräußerungserlöse	613	721	+ 108
Überweisungen aus dem Ausland	499	498	— 1
Sonstige Einnahmen der			
Hoheitsverwaltung	3.013	3.174	+ 161
Durchlaufposten	2.807	—	— 2.807
Hoheitsverwaltung insgesamt	42.782	42.272	— 510
Betriebseinnahmen der Monopole und Betriebe	12.936	13.965	+ 1.029
Gesamteinnahmen	55.718	56.237	+ 519

<sup>1)</sup> Einschließlich Sondersteuer vom Vermögen — <sup>2)</sup> Arbeitslosenversicherungsbeiträge Beiträge zum Kinder- und Familienbeihilfen-Ausgleichsfonds, Sonderbeiträge gemäß Wohnungsbeihilfengesetz Einnahmen der Preisausgleichsfonds usw.

nur um 5 4%) höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, während der Voranschlag mit einer Zuwachsrate von 7 9% für das gesamte Jahr rechnet.

Die „übrigen Einnahmen der Hoheitsverwaltung“ werden mit 11 46 Mrd. S angenommen, um 0 53 Mrd. S oder 5% mehr als im Vorjahr. Diese Schätzwerte sind eher vorsichtig angesetzt und dürften wahrscheinlich überschritten werden.

Die Einnahmen der Monopole und Betriebe sollen um 1 03 Mrd. S (+ 8%) auf 13 97 Mrd. S steigen. Von der Zunahme entfallen 0 35 Mrd. S (+ 3%) auf Tarifierhöhungen, so daß ein echter Leistungszuwachs von 5% unterstellt ist.

### Allgemeine ökonomische Überlegungen

Das Budget 1964 kann mit gewissen Einschränkungen als konjunkturgerecht bezeichnet werden. Die vorgesehene Ausweitung der Budgetausgaben um 7% ist etwas geringer als in den letzten drei Jahren (8% bis 11%) und entspricht annähernd der voraussichtlichen Zuwachsrate des nominellen Nationalproduktes<sup>1)</sup>.

Diese Schätzung unterstellt, daß von anderen Bereichen der Wirtschaft, insbesondere von den privaten Investitionen und vom Export, weder konjunkturdämpfende, noch kräftige konjunkturbelebende Einflüsse ausgehen werden. Eine solche mäßig optimistische Konjunkturprognose steht im Einklang mit den voraussichtlichen Tendenzen der Weltwirtschaft. In den USA (hauptsächlich infolge der Steuersenkung) und in Großbritannien wird für 1964 eine Belebung und in der EWG ein annähernd gleich starkes Wirtschaftswachstum erwartet wie 1963 (geringere Wachstumsraten in Frankreich und Italien, die mit inflatorischen Auftriebstendenzen und zum Teil mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu kämpfen haben, dürften durch etwas höhere Wachstumsraten in den anderen EWG-Ländern ausgeglichen werden). Sollte allerdings der Export oder (was eher möglich ist) die private Investitionstätigkeit stärker anziehen, dann würden die gesamten privaten und öffentlichen Ausgaben der Volkswirtschaft um mehr als 7% steigen und — sofern nicht zusätzliche Importe den Nachfrageüberschuß decken — inflatorische Auftriebskräfte entstehen. Zwar verfügen die Investitionsgüterindustrien gegenwärtig noch über Arbeitskraftreserven und könnten ihre

<sup>1)</sup> Auf Grund der zur Zeit absehbaren Entwicklungstendenzen scheint 1964 eine Ausweitung des realen Nationalproduktes um 4 5% möglich. Das Preisniveau ist gegenwärtig um fast 4% höher als im Vorjahr. Selbst wenn es im Laufe von 1964 nur um 1% steigen sollte, wird es im Jahresdurchschnitt um 2 1/2% höher sein als im Durchschnitt 1963

Produktion ohne nennenswerten zusätzlichen Kräftebedarf ausweiten. Sollte jedoch die Industrie Arbeitskräfte, die sie 1963 freigesetzt hat, wieder aus anderen Wirtschaftszweigen, insbesondere aus der Bauwirtschaft, abzuziehen beginnen, ergäben sich neue Spannungen auf dem Arbeitsmarkt. Es wäre daher ratsam, für diesen Fall vorsorglich Ausgabenbindungen (etwa in der Größenordnung von 0 5 bis 1 0 Mrd. S) zu planen.

### Budgetdefizit, Budgetvolumen und Brutto-Nationalprodukt

Jahr	Bundes-	Bundes-	Brutto-	Netto-
	ausgaben <sup>1)</sup>	einnahmen <sup>2)</sup>		
	Zunahme gegen das Vorjahr in %			Mrd. S
1961	8	15	9	+ 0 5
1962	11	9	6	- 0 5
1963 <sup>3)</sup>	9	6	6	- 2 0
1964 <sup>4)</sup>	7	6	7	- 2 1

<sup>1)</sup> Ohne Schuldentilgung und Durchlaufposten — <sup>2)</sup> Ohne Durchlaufposten — <sup>3)</sup> Ausgewiesenes Defizit minus Schuldentilgung — <sup>4)</sup> Laut Bundesvoranschlag

Auch die Ausgabenstruktur paßt sich einigermaßen der Konjunktur an. Für investitionsähnliche Ausgaben ist um 12% mehr vorgesehen als für 1963, für alle übrigen Ausgaben (ohne Schuldentilgungen) um 6% mehr. 1963 dagegen waren die konsumfördernden Ausgaben zu Lasten der Investitionen ausgeweitet und dadurch die aus der wirtschaftlichen Eigendynamik resultierende „Spaltung“ der Konjunktur verstärkt worden. Zusätzliche Spannungen könnten sich allerdings in der Bauwirtschaft ergeben. Die Mehrausgaben scheinen zu einem namhaften Teil (eine genaue Aufgliederung liegt noch nicht vor) dem arbeitsintensiven Hochbau (Schulbau, Wohnungsbau) zugute zu kommen, dem es schon bisher schwer fiel, seine Aufträge termingerecht zu erfüllen. Es sollte daher rechtzeitig dafür gesorgt werden, daß das vereinbarte Fremdarbeiter-Kontingent für die Bauwirtschaft auch tatsächlich ausgenutzt werden kann.

Das Budget 1964 wird die Bemühungen, den Auftrieb von Preisen und Lohnkosten in engen Grenzen zu halten, zumindest nicht erschweren. Sofern kein neuer Boom der privaten Investitionen ausbricht und für eine größere Angebotselastizität der Bauwirtschaft gesorgt wird, dürfte die gesamte kaufkräftige Nachfrage die Produktionsmöglichkeiten der heimischen Wirtschaft nicht überfordern. Vielleicht noch wichtiger ist der Umstand, daß diesmal auf umfangreiche Erhöhungen von indirekten Steuern und Tarifen verzichtet wurde (nur die Branntweinmonopolabgabe, das Ortsporto der Post, die Drucksachengebühr und der Schnellzugszuschlag wurde erhöht), vom Budget also kaum „kosteninflatorische“ Auftriebskräfte ausgehen werden. Da über-

dies die amtlich geregelten Preise für Grundnahrungsmittel bereits 1963 nachgezogen wurden und auch die Tarife der übrigen öffentlichen Körperschaften und Betriebe (die Strompreise vielleicht ausgenommen) stabil bleiben dürften, bestehen günstige Voraussetzungen für eine relativ ruhige Preisentwicklung. Diese Überlegungen sollte auch die Paritätische Preis-Lohn-Kommission berücksichtigen, wenn sie Richtlinien für Preis- und Lohn erhöhungen festlegt, und auf eine Mäßigung bei neuen Forderungen drängen.

Einige Schwierigkeiten könnte die *Finanzierung des Budgetdefizites* bereiten. Da der Bund praktisch über keine Kassenreserven verfügt, wird er 4 Mrd. S Kredite im Inland und Ausland aufnehmen müssen. Die Finanzierung wird dadurch etwas erleichtert, daß zumindest die im Inland für Schuldentilgungen bereitgestellten Beträge (1,2 Mrd. S von insgesamt 1,8 Mrd. S) von den Vermögensbesitzern großteils wieder in staatlichen Schuldentiteln angelegt werden dürften und der Kreditapparat ziemlich liquid ist. Dennoch wäre es ein großes Risiko, das schon aus psychologischen Gründen vermieden werden sollte, die gesamten 4 Mrd. S im Inland zur öffentlichen Zeichnung aufzulegen<sup>1)</sup>. So-

ferne nicht besondere Vereinbarungen mit dem Kreditapparat getroffen werden können, wird man sich trotz aller Problematik zumindest teilweise um Anleihen im Ausland bemühen müssen. Sollten wider Erwarten die Überschüsse in der Zahlungsbilanz versiegen und Devisenabgaben die Liquidität des Kreditapparates merklich verringern, könnte die Finanzierung des Budgetdefizites mit den gegenwärtig verfügbaren Techniken ein fast unlösbares Problem werden. Es schiene daher besonders vordringlich, den heimischen Kapitalmarkt auszubauen und neue, bessere Techniken für die Unterbringung der Staatsschuld zu entwickeln.

Die bisherigen Überlegungen gelten unter der Annahme, daß die Budgetansätze wirklichkeitsnahe erstellt wurden. Die letzten beiden Budgets kamen im Gegensatz zu denen vor 1962 dem Grundsatz der „Budgetwahrheit“ sehr nahe. Nach dem Rechnungsabschluß 1962 wurden die veranschlagten Ausgaben nur um 0,4% und die veranschlagten Einnahmen um 0,8% überschritten. Auch 1963 dürften sich die Abweichungen nach den bisher vorliegenden Ergebnissen in ähnlich engen Grenzen halten. Für 1964 scheint die Einnahmenschätzung insgesamt (wenn man von der dem Budget zugrundeliegenden Konjunkturdiagnose ausgeht) realistisch zu sein. Die Budgetpolitik sollte sich bemühen, auch den Ausgabenvoranschlag streng einzuhalten und verschiedene unabweisbare Ausgaben, die nicht im Voranschlag enthalten sind, möglichst durch Einsparungen an anderer Stelle wettzumachen.

<sup>1)</sup> 1959, als der heimische Kapitalmarkt ebenfalls besonders aufnahmefähig war, wurden 3,1 Mrd. S Anleihen öffentlicher Körperschaften untergebracht. Allerdings waren damals die Tilgungen noch sehr gering, und der Kreditapparat übernahm außer Anleihen auch Schatzscheine im Werte von mehr als 1 Mrd. S.